FREITAG, 26. APRIL 2013 NR. 17 55. JAHRGANG

AZA
8820 Wädenswil

GardenLiving
FURNITURE & BBQ
GardenLiving GmbH
Gufenhaldenweg 4
CH-8708 Männedorf
(bei AVIA Tankstelle bergwärts)
Telefon 044 790 42 35
Telefax 044 790 42 36
www.gardenliving.ch

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

JA ZUR VOLKSWAHL DES BUNDESRATES

Dem Volk vertrauen

In allen Kantonen werden Regierungsräte, Ständeräte und Nationalräte vom Volk gewählt. Das hat sich bewährt. Es gibt keinen Grund, warum die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ausgerechnet auf höchster Ebene, bei der Wahl des Bundesrates, kein Mitspracherecht haben. Die Volkswahl ist ein Vertrauensbeweis ins Volk und eine Stärkung der direkten Demokratie. Nur mit der Volkswahl wird der Bundesrat gezwungen, die drängendsten Probleme im Asylbereich, mit der Zuwanderung oder dem zunehmenden Druck aus dem Ausland zu lösen.

NATIONALRAT
TONI BRUNNER
PRÄSIDENT
SVP SCHWEIZ

Die SVP hat am 7. Juli 2011 die eidgenössische Volksinitiative «Volkswahl des Bundesrates» mit 110 291 beglaubigten Unterschriften eingereicht. Der Lancierung der Initiative ging ein längerer parteiinterner Findungsprozess voraus.

Volkswahl hat sich bewährt

Nach den Jahren 1900 und 1942 werden die Stimmberechtigten damit nach über 70 Jahren wieder einmal die Gelegenheit erhalten, sich über die Volkswahl des Bundesrates an der Urne äussern zu dürfen.

Bereits 1848 wurde die Volkswahl des Bundesrates nur knapp nicht in die Verfassung geschrieben. Hätte man dies damals gemacht, wäre sie heute eine Selbstverständlichkeit.

Unsere Initiative fordert, dass neu das Volk und nicht mehr das Parlament den Bundesrat wählen kann. Dieses System entspricht dem bewährten Wahlprozedere für die Regierungen in allen Kantonen, Städten und den Gemeinden.

Die SVP setzt sich mit diesem Anliegen aktiv für den Ausbau der Volksrechte ein und widersetzt sich den Ränkespielen bei den Bundesratswahlen durch das Parlament.

Es geht dabei um weit mehr als die Frage, ob die Stimmberechtigten alle vier Jahre gleichzeitig mit dem National- und Ständerat auch den Bundesrat an der Urne wählen sollen. Es geht um die Frage, wem wir in diesem Land noch vertrauen, ob der Souverän noch ernst genommen wird und ob sich unsere Regierung künftig tatsächlich um die echten Probleme kümmern wird oder sich weiterhin um die drängendsten Fragen drückt.

Macht der Bundesrat seine Arbeit noch?

Tut der Bundesrat heute genügend, um den unsäglichen Missständen im Asylwesen zu begegnen? Ist er bereit, auf die Sorgen der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Zuwanderung einzugehen? Setzt er sich mit Nachdruck dafür ein, dass gegen die Kriminalität vorgegangen wird und wir uns immer und überall in der Schweiz sicher fühlen können? Kämpft er auch gegenüber dem Ausland kompromisslos für die Interessen der Schweiz? Wer hier Zweifel hegt, sollte am 9. Juni auf jeden Fall ein JA in die Urne legen. Denn nur ein Bundesrat, der dem Volk verpflichtet ist, muss auch Volksentscheide umsetzen und auf die Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger eingehen. Nur ein Bundesrat, der vom Volk gewählt ist, setzt sich für die Unabhängigkeit des Landes und gegen einen von einer grossen Mehrheit der Bevölkerung nicht gewünschten EU-Beitritt ein.

Beispiel Justizministerin Sommaruga

Über 2½ Jahre sind seit der Volksabstimmung über die Ausschaffung krimineller Ausländer vergangen. Das Volk hat unsere SVP-Initiative angenommen, heute ist sie Verfassungstext. Es müsste jetzt vom Parlament ein Gesetz ausgearbeitet werden. Doch von der zuständigen Justizministerin Sommaruga kommt dafür keine Botschaft mit einem Gesetzesvorschlag. Sie macht ihren Job nicht, eine Art Arbeitsverweigerung. Müsste Sie in gut zwei Jahren vom Volk bestätigt werden, so bin ich überzeugt, dass sie den Volkswillen besser respektieren und Entscheide schneller umsetzen würde. Bei einer Volkswahl muss sie nämlich den Wählerinnen und Wählern Rechenschaft über ihre Arbeit ablegen. Wenn diese nicht zufriedenstellend erledigt wird, dann dürfte sie konsequenterweise nicht mehr gewählt werden.

Angst vor dem Volk?

Wer gegen die Volkswahl des Bundesrates ist, hat offenbar in die eigene Bevölkerung kein Vertrauen. Dabei haben unsere Volksrechte und die direkte Demokratie die Schweiz zu dem gemacht, was sie heute ist. Ein wunderbares und freies Land, in dem die Menschen nach ihrem Glück streben können, ein Land, das Perspektiven und Lebensqualität bietet. Föderalismus und die Mitbestimmung der Leute haben massgeblich zum Wohlstand der Schweiz beigetragen. Dies hat auch mit der beschränkten Macht der Politiker zu tun. Diese erlassen nämlich andere Gesetze und sind weniger eigenmächtig, wenn sie wissen, dass das Volk beispielsweise über ein Referendum ein Veto-Recht hat und mit einer Handbremse falsche Entscheide bachabschicken kann.

Dem Konzept der anderen Parteien, die Volksrechte immer mehr in Frage zu stellen und sie gar zu «verwesentlichen», braucht es jetzt eine klare Antwort von unserer Seite. Die Volksrechte müssen gestärkt und nicht eingeschränkt werden. Darum kämpfen wir aus Überzeugung für ein JA zur Volkswahl des Bundesrates.

Volkswahl in den Kantonen unbestritten

Seit weit über 150 Jahren wird der Bundesrat in der Schweiz nicht vom Volk, sondern vom Parlament gewählt. Ich bin der Meinung, dass es höchste Zeit ist, diesen Zufallsentscheid aus dem Jahr 1848 zu korrigieren. Im Kanton Zürich fordert das die SVP seit bald 15 Jahren. Aus gutem Grund.

MARKUS KÄGI
REGIERUNGS-
PRÄSIDENT SVP
NIEDERGLATT

Es ist in unserem direktdemokratischen Land die normalste Sache der Welt, dass das Volk seine politischen Vertreter wählt – und zwar direkt. Das ist in den Gemeinden so und das ist in den Kantonen so. Und es bewährt sich! Diese Wahlen sind transparent, fair, und sie führen zu einer besseren Kontrolle der Macht. Warum sollen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ausgerechnet auf der höchsten Ebene, bei der Wahl des Bundesrates, kein Mitspracherecht haben? Das ist nicht nachvollziehbar.

Der Bevölkerung verpflichtet

Ich habe in meiner bisher sechsjährigen Regierungstätigkeit im Kanton Zürich folgende Erfahrungen gemacht:

Ein vom Volk gewählter Regierungsrat ist politisch stärker verankert und legitimiert. Sein Rückhalt ist grösser.

Gleichzeitig ist er in seiner Arbeit niemand anderem als der Bevölkerung seines Kantons verpflichtet. Dieser Bevölkerung muss er spätestens am Ende der Legislatur Rechenschaft ablegen.

Somit bin ich in meiner täglichen Arbeit, in meinen Überlegungen und meinen Beurteilungen unabhängiger.

Ich kann sachbezogene Beschlüsse fällen, und ich muss keine Rücksicht auf Taktik und Sonderinteressen nehmen.

Es gibt keinen Grund zu glauben, im Bundesrat gälten andere Regeln! Die Nachteile des heutigen Systems der Bundesratswahlen sind offensichtlich, die jüngere Geschichte hat sie mehrmals aufgezeigt.

Für Stabilität und Glaubwürdigkeit

Es geht bei den heutigen Bundesratswahlen häufig nicht um das, was eigentlich im Zentrum stehen sollte: die geeignetste Person auszulesen. Vielmehr sind bei der Wahl durch das Parlament oft Intrigen und Geheimabsprachen im Spiel. Das schwächt die Stabilität!

Die Stabilität unseres Landes ist einer unserer zentralsten und wichtigsten Wettbewerbsvorteile. Sie ist ein Grundpfeiler unseres Wohlstandes.

Die direkte Demokratie hat Stabilität, Wohlstand und Sicherheit in unser Land gebracht.

Wir tun gut daran, hier den Bundesrat nicht länger als Ausnahme zu behandeln.

Fotovoltaik

Jetzt Offerte einholen

- günstiger dank Grosseinkauf über den Maschinenring
- Kostenlose Beratung
- Montage und Unterhalt vom Maschinenring

Maschinenring
Maschinenring Zürich, Neuwiesenstrasse 5
8630 Rüti, T: 055 251 41 41
info@maschinenring.ch www.maschinenring-zh.ch

Präsentieren Sie
Ihre Werbung
bei der
Leserschaft von
«Der Zürcher Bote»
im besten Licht.

Also hier!

print-ad kretz gmbh
Tramstrasse 11
8708 Männedorf
Telefon 044 924 20 70
fredi.kretz@kretzgmbh.ch

Riesengrosse Bike-Aktion
Sa 27./So 28. April 2013

Bikes, Rennvelos, Kindervelos, Occasionen usw.
Bekleidung ab Fr. 30.–, Riesengrosse Auswahl

roleto
BIKES & SPORT AG
8834 Schindellegi
044 784 80 80
www.roleto.ch

CCG
Event-Technik

CCG-Mietpark
Bramenstrasse 8
8184 Bachenbülach
Tel. +41 (0)44 307 11 55
www.ccg.ch

Städte bauen, Städte zerstören

VON CHRISTOPH MÖRGELI

In Zürich ist die Katze aus dem Sack: Nach den Wahlen herrscht der Kater. Gewählt ist der dunkelrote Wolff. Gefährlich für die andern sieben Geissen und deren Oberzicklein. Die Limmatstadt regieren die Sozialistisch-Grün-Alternativen, ein halblinker Christdemokrat und ein einziger verbliebener Freisinniger. Bern ist als Hochburg der Staatsverwaltung längst rot-grün beherrscht. Die Stadt Basel sowieso. Von Genf, Lausanne oder Winterthur lasset uns schweigen.

Selbstverständlich haben die Einwohner dies demokratisch an der Urne entschieden. Die Mehrheit der Zugezogenen allerdings freudiger als die Minderheit der Alteingesessenen. Und das Flair, die Lebensqualität, das Unverwechselbare all dieser schönen Städte ist deswegen nicht heute schon zerstört. Dennoch sollten ihre Bewohner eines nicht vergessen, wenn sie auf der Zürcher Bahnhofstrasse flanieren, unter Berns gemütlichen Lauben schlendern, durch Basels Gassen und Gässchen ziehen oder Genfs lauschige Plätze bestaunen: Die ganze Pracht dieser Städte hat einzig und allein das Bürgertum errichtet – mit seinem bürgerlichen Fleiss, seinem bürgerlichen Wagemut, seinem bürgerlichen Kapital.

Der linke Wahlfrühling freut die Roten, die Dunkelroten und die Grünen. Doch ihr Sozialismus dürfte sie eigentlich nicht einmal eine knospende Rose betrachten lassen. Ihr Bedürfnis, die gesamte pulsierende, freiheitliche Gesellschaft von oben zu organisieren, ist genauso zerstörerisch, wie wenn sie eine lebendige Rose zerstückeln würden, um aus den toten Teilen eine neue Rose zusammenzubasteln. Um ihre Wähler bei Laune zu halten, vernichten sie die spontane Ordnung des Marktes. Getrieben von Egoismus, opfern sie unsere Zukunft der Gegenwart.

Der Sozialismus führt nicht zum Aufbau eines besseren Lebens. Sondern zur Zerstörung all dessen, was Jahrtausende menschlicher Kultur in mühsamer Arbeit geschaffen haben. Der Feind aller Linken ist der Alltag, die Realität, das nüchterne Arbeitsleben des Bürgertums. Für sie sind die «Bürger» Inbegriff alles Kleinlichen und Schlechten. Obwohl genau diese Bürger jene Städte erbauten, in denen sich die Sozialisten aller Parteien heute so gemütlich einquartieren. Im Wissen, dass am Ende die Gewerbler, die Banken, die Dienstleister und die Pharma die Rechnung schon irgendwie bezahlen müssen.

ASYLGESETZ-REVISION

Senkung der Attraktivität des Asyllandes Schweiz

Die Asylgesuche in der Schweiz haben 2012 den höchsten Stand seit dreizehn Jahren erreicht und eine nachhaltige Trendwende ist derzeit nicht absehbar.

HEINZ BRAND
NATIONALRAT SVP
KLOSTERS GR

Das Hauptproblem der hohen Zuwanderung besteht darin, dass die Schweiz für jene Personen viel zu attraktiv ist, die nicht wirklich an Leib und Leben bedroht sind, aber in und auf Kosten der Schweiz ein vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht besseres Leben suchen. Diese Tatsache zeigt sich besonders deutlich, wenn man die Zahl der Asylgesuche in der Schweiz mit jenen der umliegenden Länder betrachtet (vgl. Tabelle, Quelle: UNHCR). Die Zahl der Asylsuchenden in der Schweiz ist gemessen an der Grösse des Landes – und damit der Aufnahmekapazität – mit Abstand am höchsten. Dies sowohl im Vergleich mit den Nachbarstaaten als auch den grossen Südländern, welche gemäss Dublin-Abkommen eigentlich die meisten Gesuche verzeichnen sollten.

Problematik Wehrdienstverweigerer und Deserteure

Diese Attraktivität der Schweiz hat verschiedene Ursachen und bedürfte weitreichender Gegenmassnahmen. Einige davon wurden nun in die dringliche Asylgesetzrevision aufgenommen. Ich gehe hier auf die zwei wichtigsten ein. Wehrdienstverweigerung und Desertion sind keine Flüchtlingseigenschaften mehr. Im Dezember 2005 hat die damalige Asylrekurskommission (ARK) in einem Grundsatzurteil entschieden, dass Wehrdienstverweigerer und Deserteure aus Eritrea als Flüchtlinge anerkannt werden müssen und deshalb in der Schweiz Asyl erhalten. Diese im europäischen Vergleich einzigartige Rechtsprechung hat ab 2006 zu einer explosionsartigen Zunahme der Gesuche aus Eritrea geführt (vgl. Grafik unten). Aber auch Personen aus anderen afrikanischen Ländern haben in der Folge aufgrund der grosszügigen Aufnahmepraxis immer öfters angegeben, sie seinen Deserteure aus Eritrea, um als Flüchtling anerkannt zu werden.

Diese Entwicklung hat das schweizerische Asylsystem stark belastet. Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass die Asylgesuche von Eritreern in der Schweiz übermässig und unvergleichlich hoch sind. Die aussergewöhnliche Zunahme hat alleine mit der Tatsache zu tun, dass die Schweiz Wehrdienstverweigerern aus Eritrea praktisch automatisch die Flüchtlingseigenschaft zuerkennt. Mit der Revision des Asylgesetzes gilt Wehrdienstverweigerung und Desertion nun explizit nicht mehr als Flüchtlingseigenschaft. Personen, die jedoch wirklich und nachweislich an Leib und Leben bedroht sind, erhalten in der Schweiz weiterhin Asyl. Jene aber, die sich dank der alten Regelung auf einfachem und schnellem Weg unter Berufung auf ihre Desertion grosszügige Sozialleistungen erschleichen wollten, können in Zukunft von der Asylgewährung ausgeschlossen werden.

Abschaffung der Botschaftsgesuche

Die Schweiz war vor Inkrafttreten der dringlichen Massnahmen im Asylbereich das einzige Land Europas, welches Asylgesuche auf den Schweizer Vertretungen im Ausland entgegennahm.

Diese besondere Möglichkeit steigerte die Attraktivität der Schweiz für Asylsuchende oder andere Einreisewillige in hohem Masse und führte jedes Jahr zu Tausenden von Asylgesuchen. Angesichts der starken Zunahme der Botschaftsgesuche waren einzelne Botschaften mit diesen, teilweise höchst fragwürdigen, Gesuchen stark überlastet. In Zeiten von Personalabbau, Botschaftsschliessungen und ohnehin zahlreichen Asylgesuchen ist es nicht mehr gerechtfertigt, eine solche Besonderheit weiterzuführen.

Die Anerkennungsquote von Botschaftsgesuchen ist zudem äusserst tief. In den Jahren 2006–2012 betrug sie lediglich 4,5 Prozent. Während der gleichen Zeit hat aber der Zustrom von Personen auf dem Land- oder Seeweg in die Schweiz durch das Bestehen der Botschaftsgesuche nicht abgenommen – ganz im Gegenteil: Die Schweiz gehört seit längerer Zeit zu den europäischen Staaten mit den meisten Asylgesuchen im Inland, obwohl die Möglichkeit eines Auslandgesuchs bestanden hätte.

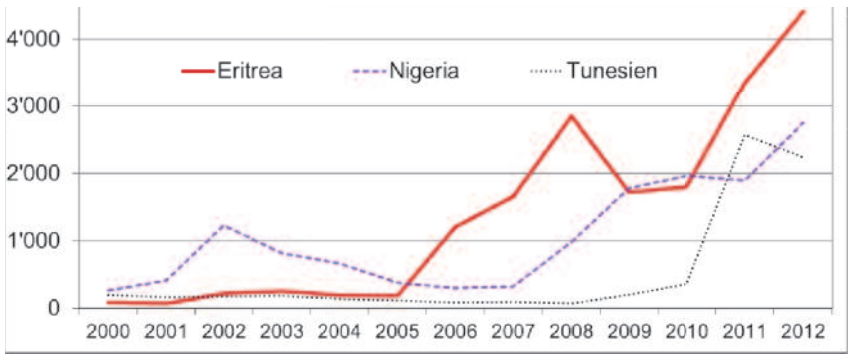
Die Botschaftsgesuche stammen aus einer Zeit, in welcher die Asylsuchenden aus weit entfernten Ländern stammten und es zudem der Bevölkerung einzelner Länder gar nicht möglich war, das Land zu verlassen.

Diese Situation hat sich inzwischen massiv verändert. Die Möglichkeit zur Einreichung von Botschaftsgesuchen ist deshalb sachlich nicht mehr nötig. Diese zwei Verbesserungen des Asylwesens werden zwar nicht alle Probleme der übermässigen Attraktivität der Schweiz als Asyldestination lösen.

Doch sie sind sicherlich ein erster Schritt, um die Missstände und Missbräuche der letzten Jahre zu beheben.

Staat	Gesuche 2012	auf 1000 Einwohner	auf 100 km² Fläche
Schweiz	25 950	3,4	62,9
Italien	15 710	0,3	5,2
Deutschland	64 540	0,8	18,1
Österreich	17 420	2,1	20,8
Frankreich	54 940	0,9	8,2
Spanien	2580	0,1	0,5
Griechenland	9580	0,8	7,3

Asylgesuche 2000–2012: ausgewählte Länder



Eine Chance um das Asylsystem Schweiz zu verbessern

Das überparteiliche Komitee «Ja zu einem funktionierenden Asylwesen» hat diese Woche anlässlich einer Medienkonferenz die Argumente für die Asylgesetz-Revision dargelegt. Für die Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus CVP, SVP, FDP, GLP, BDP, EVP und der Lega besteht im Schweizer Asylwesen dringender Handlungsbedarf. Die vorgeschlagenen Änderungen sehen sie als gezielte Verbesserungen, die zu einer besseren Organisation des Asylwesens führen.

Für Gerhard Pfister (CVP), der die Medienkonferenz eröffnete, funktioniert das Asylwesen in der Schweiz nicht so, wie es sollte. Die Asylverfahren dauern zu lange, die Anerkennungsquote ist tief, die Zahl der Gesuche nimmt stark zu und die Kriminalität im Asylbereich steigt. «Der Handlungsbedarf ist ausgewiesen», sagte Pfister und bezeichnete die Vorlage als bedeutenden Schritt auf dem Weg zu einem funktionierenden Asylwesen.

Die Wichtigkeit der Vorlage zur Beschleunigung der Asylverfahren betonte Marianne Streiff (EVP). Mit der zweijährigen Testphase erhalte der Bundesrat ein wichtiges Instrument in die Hand, um die Prüfung der Gesuche effizienter zu gestalten. Die Zentralisierung der einfachen Verfahren in Bundeszentren, in welchen sich sämtliche Spezialisten versammeln, wird die Prüfung der Gesuche merklich verkürzen. Dies entlastet die Kantone, die sich auf jene Fälle konzentrieren können, die vertiefte Abklärungen benötigen.

Viel zu viele Gesuche

Für die Grünliberale Tiana Angelina Moser ist es unverständlich, dass alle nach Bundeszentren rufen, diese Zentren dann aber an kantonalen und kommunalen Bewilligungsverfahren und an Einsprachen scheitern. Die Möglichkeit, Bundesbauten einfacher als Asylunterkünfte zu nutzen, sei deshalb ein wichtiges Element der Revision. Die Kantone erhielten im Gegenzug eine finanzielle Entschädigung des Bundes. Zudem würde der Bund Asylunterkünfte auch in Zukunft in gegenseitigem Einvernehmen eröffnen. Dass dies eine sinnvolle Änderung sei, zeige auch die Unterstützung der Kantone.

Martin Landolt (BDP) zeigte auf, dass die Sicherheitspauschalen für die Kantone, die Beschäftigungsprogramme für Asylsuchende sowie die getrennte Unterbringung renitenter Asylsuchender dafür sorgen, dass sich die lokale Bevölkerung rund um Asylunterkünfte wieder sicher fühlen kann. Auch Asylsuchende, die sich anständig verhalten, profitierten von diesen Massnahmen.

Eine überdurchschnittliche Anzahl von Asylgesuchen in der Schweiz im europäischen Vergleich monierte Heinz Brand (SVP). Die einzigartige Möglichkeit, Gesuche auf der Schweizer Botschaft einzureichen, spiele dabei eine wichtige Rolle. Die Aufhebung dieser Anomalie sowie eine Präzisierung, dass Wehrdienstverweigerung alleine kein Asylgrund ist, soll dazu führen, dass sich die Schweiz auf jene Asylsuchenden konzentrieren kann, die wirklichen Schutz benötigen.

Die vorgeschlagenen Änderungen seien nötig, um die Akzeptanz des Asylwesens Schweiz in der Bevölkerung wiederherzustellen, resümierte Isabelle Moret (FDP). Die Schweiz dürfe ihre humanitäre Tradition nicht aufgeben und müsse genau darum alles daran setzen, dass der Vollzug des Asylwesens besser funktioniere.

Roberta Pantani (Lega) schliesslich berichtete von ihren eigenen Erfahrungen als Gemeinderätin in Chiasso. Sie wies insbesondere auf die Wichtigkeit von Beschäftigungsprogrammen hin.

Die Arbeiten, welche die Asylsuchenden verrichteten, würden in der Gemeinde geschätzt. Auch die Asylsuchenden seien motiviert, sich sinnvoll zu betätigen, anstatt den ganzen Tag tatenlos herumzusitzen.

ANRUFUNG DER VENTILKLAUSEL DURCH DEN BUNDESRAT

Jetzt braucht es wirkungsvolle Begrenzungsmassnahmen

Für die SVP ist die Anrufung der Ventilklausel durch den Bundesrat eine Selbstverständlichkeit. Die wenigen, noch zur Verfügung stehenden Instrumente zur Steuerung der Zuwanderung sind zu nutzen, auch wenn die der Bevölkerung vor der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU als Wunderwaffe verkaufte Ventilklausel im vorliegenden Fall nur noch von äusserst begrenzter und kurzer Wirkung ist.

Weil die L-Bewilligungen für Kurzaufenthalter nicht begrenzt werden, wird es letztlich einfach zu einer Verlagerung zwischen den Aufenthaltskategorien kommen. Dies ist unbefriedigend und zeigt, dass das Instrument der Ventilklausel wenig tauglich ist.

Was es nun endlich braucht, sind wirkungsvolle Massnahmen zur Steuerung der Zuwanderung über Höchstzahlen und Kontingente wie sie mit der SVP-Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» vorgesehen sind.

Nur so kann die Schweiz die eigenständige Steuerbarkeit der Zuwanderung zurückgewinnen.

Inserate

Der Zürcher Bote

print-ad kretz gmbh

Telefon 044 924 20 70
Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

RATSBERICHT

Staatsanwälte müssen Interessenbindungen offenlegen

Diese Woche entschied der Kantonsrat über die vorläufige Unterstützung von sechs Parlamentarischen Initiativen und die Überweisung von zwei Motionen. Die SVP-Fraktion brachte sich mit zwei PI ein und unterzeichnete eine PI mit. Diese fanden eine grosse Mehrheit im Rat.

YVES SENN
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

Mit einer Parlamentarischen Initiative (PI) forderte **Hans-Peter Amrein** (SVP, Küsnacht) die Offenlegung der Interessenbindung der Staats- und Jugendanwaltschaft. Konkret sollen alle Oberstaatsanwältinnen und -anwälte, Oberjugendanwältinnen und -anwälte, Staatsanwältinnen und -anwälte sowie Jugendanwältinnen und -anwälte bei Amtsantritt und zu Beginn jeder neuen Amtsperiode die Direktion der Justiz und des Innern schriftlich über ihre Interessenbindungen informieren. Dabei kann es sich um berufliche Nebenbeschäftigungen oder die berufliche Haupttätigkeit, die Tätigkeit in Führungs- und Aufsichtsgremien kommunaler, kantonaler, schweizerischer und ausländischer Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des privaten und öffentlichen Rechts, dauernde Leitungs- und Beratungsfunktionen für Interessengruppen, die Mitwirkung in Kommissionen und anderen Organen des Bundes, des Kantons und der Gemeinden und die Mitgliedschaft in einer politischen Partei handeln.

Hans-Peter Amrein betonte im Rat, dass der Kanton Zürich gesamthaft rund 190 Personen in staatsanwaltschaftlicher Stellung beschäftigt. Davon seien rund 124 Personen nicht vom Volk, sondern vom Regierungsrat gewählt. Jährlich würden die Staatsanwaltschaften für Erwachsene rund 24 000 Fälle, die Jugendanwaltschaften rund 9500 Fälle erledigen. Weit über 50 Prozent der Verurteilungen von Erwachsenen erfolge über einen von den Staatsanwaltschaften ausgestellten Strafbefehl, welcher entweder ein Busse, Geldstrafen bis zu 180 Tagessätzen, bis zu 720 Stunden gemeinnützige Arbeit, bis zu 6 Monaten Freiheitsstrafe sowie Kombinationen davon, welche nicht mehr als 6 Monaten Freiheitsstrafe entsprechen, beinhalten.

Darum falle den Strafverfolgungsbehörden mit der Entscheidungsbefugnis, das Strafmass eines Strafbefehls für ausreichend zu halten, eine enorm wichtige Funktion innerhalb der Rechtsprechung zu. Als Angehörige der Zürcher Justiz mit richterlicher Funktion sei es darum unverständlich, warum nicht die Staatsanwälte wie alle Mitglieder der Judikative, der oberen Gerichte, der Bezirks- und weiterer Gerichte unseres Kantons, gemäss GOG, Artikel 7, jährlich ihre Interessenbindungen der Öffentlichkeit bekannt zu machen haben. So wie auch die Mitglieder des Kantonsrates diesbezüglich verpflichtet seien. Der Kantonsrat folgte diesen Argumenten und unterstützte die PI mit 135 Stimmen vorläufig.

Krankenkassenprämien

Mit einer Parlamentarischen Initiative forderten **Claudio Zanetti** (SVP, Zollikon) und **Willy Haderer** (SVP, Unterengstringen) im Namen der SVP-Fraktion die Kompensation der seit dem Jahre 1996 systematisch überhöhten Krankenkassenprämien für die Züricher Bevölkerung. Zanetti erklärte, dass die Zürcherinnen und Zürcher viel zu viel Geld für die Krankenkassenprämien bezahlt haben und dieses Geld nun zurückfliessen sollte.

Der Druck in dieser Frage dürfe auf keinen Fall minimiert werden, sondern müsse weiter erhöht werden (siehe Kommentar). Willy Haderer doppelte nach und erklärte, dass die Prämienschummelei eine lange und unsägliche Geschichte ist und von der SVP bereits vor Jahren gerügt wurde. Nun habe diese aber ein Ausmass angenommen, welches nicht mehr annehmbar sei. In Bundesbern sei man der Meinung, der Kanton Zürich habe sowieso genügend Geld. Diese unsagbare Ungerechtigkeit müsse nun mit einem klaren Zeichen aus der Welt geschafft werden. Der Rat sah dies auch so und unterstützte die PI mit 103 Stimmen vorläufig.

Lektionentafel

Mit einer PI forderte **Matthias Hauser** (SVP, Hüntwangen) zusammen der mit der GLP und der EVP eine differenzierte Lektionentafel an der Sekundarstufe. Um eine vollständige Durchlässigkeit (Umstufungen ohne Repetition) während der gesamten Schulzeit der Sekundarschule zu gewährleisten, gelten einheitliche Lektionszahlen und die gleichen obligatorischen Fächer für die verschiedenen Abteilungen.

Diese einheitliche Stundentafel führe zu Problemen. So seien zum Beispiel schwächere Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe durch zwei obligatorische Fremdsprachen überfordert und würden durch Misserfolge zunehmend frustriert. In den Abteilungen B und C würden viele Jugendliche von einer intensiveren Förderung in der deutschen Sprache oder beim Erwerb handwerklicher Fertigkeiten für ihre berufliche Zukunft zusätzlich profitieren. Die Schule habe die Aufgabe, Kinder auf das Berufsleben vorzubereiten.

Mit einer differenzierten Lektionentafel könne diesem Aspekt besser Rechnung getragen werden, denn sie ermögliche auch kognitiv schwächeren Jugendlichen, Fertigkeiten zu erlernen, die sie für das erfolgreiche Absolvieren einer Berufslehre benötigen. Der Kantonsrat unterstützte diese Forderung mit 111 Stimmen vorläufig.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONSRAT HAT AM MONTAG …

… die erste Lesung zum Haftungsgesetz abgeschlossen.	😐
… eine Motion betreffend Auflösung der Abteilung «Gemeinderevisionen» im Gemeindeamt überwiesen.	☺
… eine Motion betreffend Kostenvorschüsse am Sozialversicherungsgericht abgelehnt.	☹
… eine Parlamentarische Initiative betreffend Airport Zürich Noise Fonds vorläufig unterstützt.	☹
… eine Parlamentarische Initiative betreffend Reglement über die Entschädigung der Mitglieder der Verwaltungsräte bei EKZ und GVZ vorläufig unterstützt.	☺
… eine Parlamentarische Initiative betreffend Internalisierung externer Kosten Strassenverkehr vorläufig unterstützt.	☹
... eine Parlamentarische Initiative betreffend Interessenbindung der Staats- und Jugendanwaltschaft mit 135 Stimmen vorläufig unterstützt.	☺
… eine Parlamentarische Initiative betreffend differenzierte Lektionentafel an der Sekundarstufe mit 111 Stimmen vorläufig unterstützt.	☺
… eine Parlamentarische Initiative betreffend Kompensation der Züricher Bevölkerung für die seit 1996 systematisch überhöhten Krankenkassenprämien mit 103 Stimmen vorläufig unterstützt.	☺

22. April 2013

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Wir wollen unser Geld zurück!

CLAUDIO ZANETTI
KANTONSRAT SVP
ZOLLIKON

Missbrauch gehört zum Sozialismus wie Durchfall zu einer Darminfektion. Damit wären wir bereits beim Gesundheitswesen, das dermassen sozialistisch kontaminiert ist, dass Missbrauch und Ungerechtigkeiten kaum noch auffallen.

Immerhin: Ein besonders krasser Fall, der sich über Jahre hinwegzog, ist aufgeflogen. Dabei kam heraus, dass jeder Zürcher 362 Franken zu viel in die Krankenkasse bezahlt hat. Hauptprofiteure waren einmal mehr die Berner, welche die freundeidgenössische Solidarität über den Finanzausgleich bereits mit 1,2 Mia. Franken arg strapazieren.

Irgendein kluger Buchhalter hat nachgerechnet und festgestellt, dass jene Kantone, die ihre Hausaufgabe machten und die ihre Gesundheitsversorgung effizienter und günstiger ausgestalteten, über Jahre hinweg zu viel Krankenkassengelder ablieferten. Auch das ist eine typische Erscheinung in sozialistischen Systemen: Am Ende ist derjenige der Dumme, der mit dem Geld vernünftig wirtschaftet.

Nun ist kein System perfekt, und Fehler können vorkommen. Doch sollte man meinen, dass sie bei Entdeckung korrigiert und der Schaden beseitigt wird. Weit gefehlt. Die Lieblingsfreisinnige der Linken, die Aargauer Ständerätin Christine Egerszegi, erachtete es als unzumutbaren Aufwand, den geschädigten Kantonen das zurückzugeben, was ihnen widerrechtlich weggenommen wurde. Auch das eine typische Erscheinung in sozialistischen Systemen.

Aus diesem Grund müssen sich die betrogenen Kantone nun selber zur Wehr setzen. Der Kantonsrat stärkt der Regierung, indem er vergangenen Montag einem Vorstoss der SVP vorläufige Unterstützung gewährte. Verlangt wird, dass der Regierungsrat Zahlungen an den Bund im Umfang von insgesamt 465 Mio. Franken in Abzug zu bringen habe.

Erfreulicherweise trug diese Form des kollektiven zivilen Ungehorsams bereits erste Früchte. Genossin Egerszegi will nochmals über die Bücher.

EINLADUNG

zur Delegiertenversammlung
vom Dienstag, 30. April 2013, 20.00 Uhr
Gemeindesaal (Landgasthof Breiti), Seebnerstrasse 21, Winkel

Vorprogramm (ab 19.30 Uhr, Türöffnung 19.00 Uhr)
– Musikalischer Auftakt
durch Dorfmusik Bachenbülach (Leitung: Willi Rodel)
– Begrüssung durch Bezirksparteipräsident Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen)

Traktanden:
1. Begrüssung / Standortbestimmung
NR Alfred Heer

2. Volksabstimmung vom 9. Juni 2013

2.1 Eidg. Volksinitiative «Volkswahl des Bundesrates» – Parolenfassung
NR Christoph Mörgeli (SVP, Stäfa)

2.2 Änderung vom 28. September 2012 des Asylgesetzes (AsylG) (Dringliche Änderungen des Asylgesetzes) – Parolenfassung
Pro: NR Hans Fehr (SVP, Eglisau)
Contra: NR Balthasar Glättli (Grüne, Zürich)

2.3 Gesetz über den Beitritt zum Konkordat der Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen
Information: *KR Jürg Trachsel (SVP, Richterswil)*

2.4 Kantonale Volksinitiative «Gegen Steuergeschenke für Superreiche; für einen starken Kanton Zürich (Bonzensteuer)» – Parolenfassung
Pro: KR Julia Gerber Rüegg (SP, Wädenswil)
Contra: KR Arnold Suter (SVP, Kilchberg)

3. Gemeindewahlen 2014
Information der Wahlkommission:
Reinhard Wegelin, Parteisekretär

4. Rechnung 2012 *Thomas Matter, Quästor*

5. Verschiedenes

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

PAROLENFASSUNG VON PARTEILEITUNG UND KANTONALVORSTAND

Klares JA zum revidierten Hooligan-Konkordat

Parteileitung und Kantonalvorstand der SVP des Kantons Zürich haben auf Antrag von Fraktionspräsident Jürg Trachsel an Ihrer Sitzung vom Dienstag, 23. April 2013, mit 38 gegen 2 Stimmen bei 4 Enthaltungen deutlich Ja gesagt zum geänderten Hooligan-Konkordat. Damit können friedliebende Sportfans am besten vor Gewalttaten geschützt werden.

SVP. Fussball und Eishockey faszinieren regelmässig Tausende von Zuschauerinnen und Zuschauern. Mit dem revidierten Hooligan-Konkordat sollen Matchbesucher besser geschützt werden. Hervorstechendste Neuerung des geänderten Konkordats ist, dass für unverbesserliche Gewalttäter neu Rayonverbote von einem bis zu drei Jahren verfügt werden (bisherige Maximaldauer: ein Jahr) und diese zudem für Rayons in der ganzen Schweiz gelten können. Gleichzeitig unterstehen neu sämtliche Spiele der Klubs der obersten Ligen im Fussball und Eishockey einer Bewilligungspflicht für die ganze Saison. Die SVP hält diese Massnahmen für verhältnismässig und richtig.

Die SVP ist sich der schwierigen Abwägung von Sicherheit und Freiheit bei diesem Gesetz durchaus bewusst. Kein Verständnis hat die SVP jedoch für die grösstmehrheitlich aus dem linksextremen und alternativen Milieu stammenden Gegner, die aus allzu durchsichtigen Gründen das Referendum gegen dieses Gesetz ergriffen haben. Die SVP hat die Nase voll von den unverbesserlichen Gewalttätern, die Sportveranstaltungen für das Ausleben ihrer Gewaltfantasien missbrauchen. Nur auf diese Personen zielt das revidierte Hooligan-Konkordat, welches von der SVP klar befürwortet wird.

Die weiteren Parolen zum eidgenössischen und kantonalen Urnengang vom 9. Juni fasst die SVP-Delegiertenversammlung am 30. April in Winkel.

GENERALVERSAMMLUNG

Neues Vorstandsmitglied für die Junge SVP Kanton Zürich

Am vergangenen Freitag, 19. April 2013, fand die Generalversammlung der Jungen SVP Kanton Zürich (JSVP ZH) im Restaurant Falcone im Kreis 3 statt.

Der Jungen SVP Kanton Zürich ist es gelungen, für ihre Generalversammlung den neuen Luftwaffenchef Korpskommandant Aldo C. Schellenberg als Referenten zu gewinnen. Nach seinen hochinteressanten Ausführungen über das Militär und die Luftwaffe der Schweiz wurde engagiert diskutiert. Angesprochen wurde die Wichtigkeit der Luftunterstützung durch die Armee, wofür gemäss Korpskommandant Schellenberg der Gripen die optimale Lösung darstellen würde. Ebenfalls wurden die Gründe angesprochen, weshalb die Wehrpflicht unabkömmlich ist, wenn die Sicherheit und Unterstützung durch das Militär in der Schweiz weiterhin gewährleistet sein soll, und weshalb eine Berufsarmee die Ausgaben in die Höhe schnellen lassen würde.

Aktive Jungpartei

Die Präsidentin Anita Borer führte im Anschluss an das Referat durch die ordentliche Generalversammlung. Im Jahresbericht berichtete die junge Präsidentin über die vielen gelungenen Aktionen der JSVP ZH. Der Vorstand leistete mit Unterstützung ihrer Mitglieder aktive politische Arbeit. Insbesondere vor Abstimmungen wurde viel Überzeugungsarbeit geleistet – so kann der ablehnende Entscheid zur Prima-Initiative auch auf die jahrelange Verfolgung des Themas und Bekämpfung des Anliegens durch die JSVP ZH zurückgeführt werden. Weiter wurden regelmässig Standaktionen und Unterschriftensammlungen organisiert und auch gesellschaftliche Anlässe, wie beispielsweise der monatlich stattfindende Parteihöck, kamen nicht zu kurz.

Ebenfalls wurde die Zusammenarbeit mit der Mutterpartei als sehr angenehm empfunden.

Vorstand wiedergewählt

Die Präsidentin und der gesamte Vorstand stellten sich erneut zur Wahl und wurden von der Generalversammlung einstimmig wiedergewählt. Dank dem Engagement des Vorstandes und vieler aktiver Mitglieder konnte die JSVP ZH auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken – Anita Borer bedankte sich ausdrücklich dafür.

Als neue Kraft wurde Nicolas Gorlero aus Stäfa, 20 Jahre jung, vom Vorstand zur Wahl vorgeschlagen und nach überzeugender Vorstellung einstimmig von der Versammlung gewählt. Nicolas ist schon länger ein engagiertes Mitglied der Jungen SVP Oberland See und wird sich nun auch mit voller Energie im kantonalen Vorstand einbringen.

Der Abend fand schliesslich bei einem Apéro und der Möglichkeit zum Austausch seinen Ausklang.

Präsidentin Anita Borer dankt Luftwaffenchef Korpskommandant Aldo C. Schellenberg für seine Rede und übergibt ein Präsent.

Der Vorstand der Jungen SVP Kanton Zürich.

ARBEITSTAGUNG DER SVP DES KANTONS ZÜRICH

Zürcher Gemeinden unter Druck – was tun?

Gegen 90 Personen nahmen an der Tagung der SVP des Kantons Zürich zur Lage der Gemeinden teil. In einem viel beachteten Fachreferat beleuchtete Matthias Lehmann die Folgen im neuen Finanzausgleich. Es wurden weitere zahlreiche Möglichkeiten zur Stärkung der Gemeinden diskutiert. Die SVP-Fraktion wird sich sehr eingehend mit dem neuen Gemeindegesetz beschäftigen müssen, hinter dem einige Pferdefüsse stecken. Geleitet wurde die Tagung von Kantonsrat Hans Heinrich Raths, Pfäffikon.

rw. In einem Einführungsreferat beleuchtete Nationalrat Gregor Rutz die Wichtigkeit, dass die politischen Entscheide in der Schweiz subsidiär fallen. Die Veranstaltung sei bedeutsam, denn es gehe um den Kern der Demokratie und die direktdemokratische Mechanik. Rutz kritisierte beispielsweise die schrittweise Aushöhlung des Bürgerrechts. Im Bereich der Fusionen sei es entscheidend, dass diese den Gemeinden nicht aufgezwungen würden. «Das Erfolgsrezept liegt im gesunden Menschenverstand», so Rutz.

Neuer Finanzausgleich

Matthias Lehmann, Experte für Gemeindefinanzen bei swisslpan.ch beleuchtete die konkreten Auswirkungen des neuen Finanzausgleichs. Es ist die Zielsetzung des Kantons, dass Gemeinden über die zur Erfüllung der notwendigen Aufgaben nötigen Mittel verfügen sollen, ohne dass die Gemeindesteuerfüsse erheblich voneinander abweichen.

Dazu sollen die von einer Gemeinde nicht beeinflussbaren Unterschiede ausgeglichen werden. Lehrmann beleuchtete in seinem Fachreferat die verschiedenen Instrumente der Reform des Zürcher Finanzausgleichs (Refa).

Modell Einheitsgemeinde

Die Problematik mit den Einheitsgemeinden formulierte Kantonsrat Martin Zuber, Gemeindepräsident von Waltalingen . Von den 171 Gemeinden im Kanton Zürich sind heute bereits über 70 als Einheitsgemeinden organisiert. Es gibt laut Zuber eine Menge Vorteile für die Einheitsgemeinden. Allerdings sollte niemand von oben zu diesem Schritt gezwungen werden. Es müsse Sache der Bürgerinnen und Bürger vor Ort bleiben. «Die Autonomie einer Behörde ist ein Gut, das nicht ohne Not angetastet werden soll», so Zuber.

Dank der direktdemokratischen Mitwirkung seien die meisten Gemeinden im Kanton Zürich finanziell gesund, so Kantonsrat Hans Heinrich Raths. Verantwortung und Entscheidungsbefugnisse sind möglichst nahe beim Bürger zu belassen. Bund und Kantone sollen sich auf ihre «Aufgaben» konzentrieren und den Gemeinden weniger Vorgaben und Vorschriften machen.

Die Spielräume, die den Gemeinden bleiben, müssten deshalb genutzt werden. Das gelte für die Bürgerinnen und Bürger (Antragsrecht an der Gemeindeversammlung, Anfrage- und Initiativrecht, Ergreifen von Referenden).

Die Teilnehmenden der Tagung brachten sich fleissig ein in die Diskussionen um den Zustand der Zürcher Gemeinden.

Tagungsleiter Hans Heinrich Raths mit Matthias Lehmann und Martin Zuber (v. l. n. r.).

Minenfelder im Gemeindegesetz

In der Diskussion wurden zahlreiche Verbesserungsmöglichkeiten diskutiert. Einerseits wurde die Bedeutung der Schulgemeinden betont, andererseits wurde betont, dass die Trennung von Schulgemeinden und politischen Gemeinden nicht mehr zeitgemäss sei. Gewarnt wurde sehr deutlich vor den Auswirkungen im neuen Gemeindegesetz. Hier sind einige Minenfelder begraben, beispielsweise in der weiteren Aushöhlung der Schulpflegen. Parlamentsgemeinden können diese in Zukunft einfach abschaffen.

Die SVP wird die Diskussionsunkte dieser Tagung zusammenfassen und in ihre Programmarbeit einbringen. Tagungsleiter Raths rief die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf, sich in der Gemeinde zu engagieren – es lohnt sich.

LESERBRIEF

Bewegen wir uns in der Nähe von Rassismus, wenn wir über kriminelle Ausländer und Asylanten sprechen und schreiben?

SVP verrechnet sich bei kriminellen Asylsuchenden, «Tages-Anzeiger» vom 15. April 2013,

Der «Tages-Anzeiger» nimmt im Wesentlichen den «NZZ»-Artikel vom 5. April 2013 (Kriminalstatistiken und ihre Interpretation, Ch. Schwarzenegger und D. Studer) sowie die «Weltwoche» vom 14. März 2013 (Kolumne Kriminalstatistiken und ihre Reiniger, Prof. Chr. Mörgeli) und präsentiert einen neuen Bericht über kriminelle Asylsuchende in unserem Land. Schade, dass der nun vorliegende Artikel zu viel auf SVP-Nationalrat Prof. Christoph Mörgeli herumhackt und zu wenig auf die eigentlichen Asylprobleme eingeht.

Der Artikel blendet weitgehend aus, dass in der Bevölkerung ein grosses Unbehagen wegen kriminellen Asylsuchenden und nicht wegen Mörgeli besteht.

Gemäss kleingedruckter Tabelle und vorgängig «aufgesetzten Filtern» im eingangs erwähnten NZZ-Bericht, begehen Asylbewerber u. a. 8,2 mal mehr Gewaltdelikte oder auch 13,2 mal mehr Vermögensdelikte als 18–29 jährige Schweizer. Und das ist exorbitant viel.

Dass in der Regel nicht die Statistiken, sondern ihre Interpretationen fehlerhaft sind, weiss ich aus meinen Erfahrungen als dipl. Experte für Rechnungslegung und Controlling. Um auf sicher zu gehen, kann sich der Interessierte an die ungefilterte Statistik des Bundesamtes für Statistik (BFS) halten, die aufzeigt, dass per Ende 2012 im Zusammenhang mit Freiheitsentzug 73,8 Prozent der Gefängnisinsassen Ausländer waren.

Das BFS hat gegen Ende des letzten Monats eine Medienmitteilung zur polizeilichen Kriminalstatistik 2012 erlassen. Darin wurde die enorme Zunahme der Beschuldigten aus dem Asylbereich und aus der nichtständigen Wohnbevölkerung (Kriminaltouristen) erwähnt. Viele Zeitungskommentare reduzierten sich dann auf die Zunahme der Diebstähle. Es wurde nicht gelogen, aber auch nicht alles gesagt. In unserem Land wird meisterhaft versucht, das Thema Ausländerkriminalität inkl. kriminelle Asylbewerber unter dem Deckel zu halten. Bewegen wir uns schon in der Nähe von Rassismus wenn wir konkret über Ausländerkriminalität sprechen oder schreiben?

Schweizer Bürgerinnen und Bürger haben – nicht zuletzt aufgrund der eigenen Sicherheit – Anrecht auf regelmässige und ungefilterte Informationen dieses sensiblen Bereiches. Dazu gehört auch das Wissen, woher die Täter stammen.

Karl Meier-Zoller, Effretikon

BESUCH IN STRASSBURG

Zürcher SVP beim 50-Jahr-Jubiläum der Schweiz im Europarat

Nachdem die Reise in den Europarat vor einem Jahr schon auf enormes Interesse gestossen war, beschloss das Sekretariat, diese Reise nochmals durchzuführen. Dieses Mal bot sich das 50-Jahre-Jubiläum der Mitgliedschaft der Schweiz im Europarat und die damit verbundenen Rede von Aussenminister BR Didier Burkhalter an. Auch dieses Mal war die Reise mit einem sehr grossen Aufmarsch an Mitgliedern und Sympathisanten der SVP versehen.

THOMAS WASSMER
SVP BONSTETTEN

Frühaufsteher zu sein, hat seine wahren Vorteile. Vor allem, wenn eine längere Reise wie nach Strassburg bevorsteht. Trotz Herrgottsfrühe war die Stimmung am Carbahnhof Sihlquai schon sehr locker und heiter. Alle Leute, die sich neu zur Reisegruppe gesellten, wurden sehr freundlich empfangen. Mit einem lauten: «Grüezi, sie wollen auch nach Strassburg?», konnte man die Gruppe kaum verfehlen. Sichtlich, war die Spannung und Vorfreude, die sämtliche Müdigkeit überdeckte. Um 7.00 Uhr traf ein Car ein; einige holten das Programm nach vorne: «Neuhof-Reisen», ganz klar wie auf dem Programmblatt, das ist der Bus! Mit ein wenig Verspätung wurde dann die Reise nach Strassburg in Angriff genommen. Nach einem kurzen Halt in Pratteln durchquerten wir schon bald den französischen Zoll. Immer wieder erstaunte man im Car ob dem Wissen des Chauffeurs über die Regionen, die wir durchquerten.

Alfred Heer führt die Reisegruppe über den Platz des Europarates. Im Hintergrund alle Fahnen der Mitgliedsländer.

Vor dem Eingang gibt es letzte Informationen, bevor es durch die Sicherheitskontrolle geht.

Stadtrundfahrt mit Alfred Heer

In Strassburg vor dem «Palais de l'Europe» (Europaratsgebäude) stiess Kantonalparteipräsident NR Alfred Heer, er ist Schweizer Mitglied des Europarates, zu uns. Er erzählte uns in seiner spritzigen, ab und zu auch sarkastischen Art – was durchaus berechtigt ist, wenn es um die Europäischen Institutionen geht – vom Europarat. «Gegen eine Organisation, die sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzt, sei per se nichts einzuwenden. Doch man sieht auch wieder negative Folgen, wie zum Beispiel das Urteil des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, das kürzlich die Ausschaffung eines kriminellen Nigerianers aus der Schweiz als wiederrechtlich erklärt hatte.», erklärte Heer. Wir fuhren zusammen in Richtung Altstadt, vorbei am EU-Parlament, welches sich gleich neben dem Europarat befindet.

Heer fügte an, dass das EU-Parlament immer abwechslungsweise in Strassburg und in Brüssel tagt. Dies sei eine enorme Ineffizienz der EU, da diese Umzüge mit allen Beamten, jährlich ein Vermögen kosten! Die Resolutionen des Europarates und die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte seien denn auch nicht immer ganz ernst zu nehmen. So gab es beispielsweise ein Urteil, welches von Italien verlangte, dass sie ihre Kruzifixe aus den Schulen verbannen sollten; daraufhin reagierten die Italiener relativ unbeeindruckt, so Heer weiter. Auch die Resolutionen des Europarats seien in keiner Weise verbindlich, doch werden sie, vor allem von den Linken, meistens als zusätzliches Argument und Druckmittel verwendet. Die Linken sind hier sehr minuziös, was das ratifizieren (umsetzen) der Resolutionen betrifft. Umso wichtiger ist es jedoch, dass auch die SVP hier in Strassburg vertreten ist, um dem mit ähnlich oder gleichgesinnten Politikern aus ganz Europa entgegenzuwirken, mahnte Heer.

Aussenminister in Aktion

Nach einem Stadtbummel fand sich die SVP-Delegation im «Ancienne Douane», einer typischen Elsässer Brasserie, zum Mittagessen ein. Der kulinarische Teil stand ganz im Zeichen des Elsass: Gewürztraminer, Choucroute (Sauerkraut) mit diversen Würsten, Rippchen, Speck und Eisbein, dazu sehr scharfer Senf und Apfelkuchen nach Elsässer Art sorgten für das leibliche Wohl.

Nach dem reichhaltigen Mittagsmahl ging es mit dem Car wieder Richtung Europarat. Die Sicherheitskontrollen wie am Flughafen ist man sich als politischer Beobachter mittlerweile gewohnt. Jeder Besucher erhielt einen Zutrittsausweis für das Parlamentsgebäude, welcher als Souvenir mitgenommen werden konnte. Die Gruppe wurde von der Parlamentsmitarbeiterin Claudia auf die Zuschauertribüne des Plenarsaals geführt, wo wir noch die letzten Instruktionen zur Bedienung der Simultanübersetzung erhielten.

Danach startete Didier Burkhalter mit seiner Rede. Burkhalter betonte die humanitäre Tradition der Schweiz und ihre Vorreiterrolle in Sachen Demokratie. Burkhalter betonte denn auch mehrmals die direkte Demokratie der Schweiz und dass dies der Willen eines ganzen Volkes darstelle und jeweils entsprechend respektiert werden muss. Auch andere Werte, die zum Schweizer Staatssystem gehörten, wurden von Burkhalter mehrfach hervorgehoben. Er glaube, es sei nicht eines, sondern viele der Elemente wie: direkte Demokratie, Milizsysten, Föderalismus, Subsidiarität und eine liberale Rechtsordnung, welche die Schweiz zu einem Erfolgsmodell machen. Summa summarum fühlte sich die Mehrheit auch von unserer Delegation von BR Didier Burkhalter gut vertreten, doch rief sein profiliertes Auftreten auch sehr kritische Fragen von Abgeordneten auf den Plan. Burkhalter trotzte den Fragen, z.B. zu: Geldwäscherei, Korruption bei der Parteienfinanzierung, Bankgeheimnis usw., jedoch souverän und verdiente sich dadurch auch spürbar Respekt von unserer Seite.

Mit Doris Fiala im Kommissionszimmer

Trotz einem Auftritt vom Aussenminister der einem in weiten Teilen gefallen konnte, gab es einige Mitglieder unserer Gruppe, die während der Sitzung im Parlament eingenickt sind. Fairerweise muss man sagen, dass das üppige Mittagessen und die eher dicke Luft im Plenarsaal förmlich zu einem Mittagsschlaf einluden. Nichtsdestotrotz sorgten die schlummernden Mitglieder bei den Wachgebliebenen für Heiterkeit. Nach der Rede gab es noch eine kleine Fragestunde in einem Kommissionszimmer, bei welcher NR Doris Fiala (FDP, Zürich) spontan als Gast auftritt. Die beiden Mitglieder des Europarates Alfred Heer und Doris Fiala schilderten einige sehr beindruckende Details und Hintergrundinformationen zum Europarat. Mit der sympathischen Art war auch Doris Fiala ein gern gesehener Gast bei unserer Gruppe, bildeten sich doch sogar noch im Foyer des Gebäudes Schlangen von Leuten, die Frau Fiala noch etwas mitzuteilen hatten oder noch eine Frage an sie richten wollten.

Um ca. 17.30 Uhr hiess es dann Abschied nehmen von Strassburg, Alfred Heer und Doris Fiala und somit den Heimweg in Angriff nehmen. Rückblickend bleiben viele spannende und lehrreiche Eindrücke und ein geselliges Beisammensein. Eine Teilnahme bei einer Neuauflage dieser Reise ist zu empfehlen.

Thomas Wassmer ist Vizepräsident der SVP Bonstetten und in der Parteileitung der SVP Bezirk Affoltern

Auf den Zuschauertribünen des Plenarsaals: Alfred Heer erklärt den Besuchern die Arbeit und die Abläufe des Rats.

Bundesrat Didier Burkhalter bei seiner Rede.

Die Reisegruppe nimmt im Kommissionszimmer Platz ...

... und lauscht den Ausführungen von Doris Fiala und Alfred Heer.

Eines darf zum Abschluss nicht fehlen: Das Gruppenbild vor dem Europapalast.

Fadegrad

Die alte Leier: Schuld ist die SVP!

VON BRUNO SIDLER

Der 21. April 2013 ist ein schwarzer Tag für die Stadt Zürich. Nicht einmal ein Drittel der Stadtzürcher Stimmberechtigten (Stimmbeteiligung 28,3 %) hat den Linksaussen Richard Wolff zum Stadtrat gekürt. Was ist denn so schlimm – oder schwarz – an dieser Tatsache?

Korrekt ist: Diese Wahl ist demokratisch erfolgt. Die Frage ist nur: Repräsentiert das Ergebnis auch die Wählerstruktur in dieser Stadt? Der Blick auf die Wahlen 2010 zeigt, dass die bürgerlichen Parteien etwas über 50 Prozent Wähleranteil haben und somit über eine knappe Mehrheit verfügen. Die Linksparteien haben einen Wähleranteil von knapp unter 50 Prozent. So ist die Situation im Gemeinderat.

Der Stadtrat zeigt ein völlig anderes Bild. Nach der Ersatzwahl sitzen im Stadtrat zwei Bürgerliche und sieben Linke; eigentlich müssten es fünf Bürgerliche und vier Linke sein. Die Bevölkerung mit mehrheitlich bürgerlichen Wähleranteilen ist im extrem linkslastigen Stadtrat sträflich untervertreten. Schlimm an dieser Situation ist, dass bürgerliche Anliegen schlicht und einfach zu kurz kommen. In der politischen Arbeit werden linke Anliegen bevorzugt behandelt. Staatlich subventionierter Wohnungsbau, staatlich subventionierte Kinderbetreuung, maximale Sozialleistungen usw. haben erste Priorität. Günstige Rahmenbedingungen für Gewerbe und Wirtschaft, Arbeitsplätze, flüssiger Verkehr, vernünftiger Umgang mit Steuergeldern usw. stehen hinten auf der Prioritätenliste.

Die bürgerliche Politik in dieser Stadt ist geschwächt, einzelne Parteien müssten ihre Positionen analysieren. So ist es ein Leichtes, einen Kandidaten einer Linksaussen-Partei mit knapp 4 Prozent Wähleranteil in den Stadtrat zu bringen. Wer in dieser Situation zur billigen Ausrede «Schuld ist die SVP» greift, sieht die echten Probleme nicht – oder will sie nicht sehen. In dieser Wahl hat sich die SVP absolut korrekt und loyal gegenüber dem bürgerlichen Kandidaten verhalten.

Jetzt sollten alle, die überzeugt sind, dass bürgerliche Positionen für das Gedeihen dieser Stadt wichtig sind, wissen, was es zu tun gilt. Die Zeit der Worthülsen und der leeren Versprechungen ist vorbei, jetzt braucht es – bei allen Unterschieden – zielgerichtete Taten und verlässliche Zusammenarbeit.

LEITFADEN FÜR EINE KONSEQUENTE POLITIK

Produktive Programmtagung

Am vergangenen Samstag fand die Arbeitstagung zum Parteiprogramm der SVP Stadt Zürich statt. Die anwesenden Mitglieder diskutierten rege und aktualisierten mehrere Teile des neuen Programms.

MARTIN BÜRLIMANN
GEMEINDERAT SVP ZÜRICH 10

Die Tagung fand im Restaurant «Muggenbühl» in Wollishofen statt. Die SVP will als Volkspartei die Erfahrung der Basis aufnehmen und in das neue Parteiprogramm einfliessen lassen. Präsident Roger Liebi konnte gegen vierzig Kantonsräte, Gemeinderäte, Delegierte, Schulpflegerinnen und Gäste begrüssen. Sämtliche Stadtkreise waren vertreten.

Zu Beginn erläuterten die Gruppenleiter in Kurzreferaten die Tagesthemen. Vier Themen standen zur Debatte: Wirtschaft und Finanzen, Verkehr, Soziales und Energie. Anschliessend brachten die Mitglieder ihre Ideen in die vier Gruppenarbeiten ein. Danach folgte die Präsentation und Schlussdiskussion.

Kultur, Schule und Sport

Neu im Parteiprogramm ist der Abschnitt Kultur, welcher im Januar von einer weiteren Arbeitsgruppe nach der Besichtigung des Kriminalmuseums der Kantonspolizei Zürich verfasst wurde. Das Kapitel Schule wird mit einem neuen Kapitel zum Thema Sport ergänzt. Die Themen Sicherheit, Gewerbe und Ausländer wurden von der Geschäftsleitung durchgesehen und aktualisiert.

Verabschiedung im Herbst

Die Resultate der Tagung werden nun von den vier Gruppenleitern zusammengefasst und zu einem Entwurf ausformuliert. Dieser Entwurf geht an die Mitglieder der Tagung zur Durchsicht. Anschliessend wird das Parteiprogramm definitiv erstellt. Im Verlauf des Sommers wird es für interessierte Mitglieder zur Ansicht erhältlich sein. Es folgt ein Versand an die Delegierten, welche es an einer Delegiertenversammlung im Herbst (Datum wird noch bekannt gegeben) verabschieden werden.

Die SVP will als stärkste bürgerliche Partei mit klaren Positionen und stichfesten Argumenten in den Wahlkampf steigen. Das SVP-Parteiprogramm wird erneut den Titel «Bürgerliche Politik» tragen. Es informiert die Wähler über Ziele und Absichten der SVP. Weiter bildet das Parteiprogramm die verbindliche Basis für die Arbeit im Gemeinderat und in den verschiedenen Gremien. Es eignet sich als Instrument im Wahlkampf, um die Positionen der SVP und ihre Lösungsvorschläge zu präsentieren.

EINLADUNG

zur Delegiertenversammlung der SVP der Stadt Zürich
vom Donnerstag, 2. Mai 2013, 20.00 Uhr
Gasthof Hirschen, Winterthurerstrasse 519, 8051 Zürich
(Tel. 044 322 45 16)

Traktanden:

1. Begrüssung / Mitteilungen
2. Wahl der Stimmenzähler
3. Parolenfassung zu folgenden städtischen Abstimmungsvorlagen vom 9. Juni 2013:
   - **Kommunale Wohnsiedlung auf dem Areal Kronenwiese, Objektkredit von 64,8 Mio. Franken**
     Referent: Gemeinderat Urs Fehr (SVP)
   - **Schulanlage Blumenfeld Zürich-Affoltern, Objektkredit 90 Mio. Franken**
     Referentin: Gemeinderätin Margrit Haller
4. Diverses

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

SVP Frauen Stadt Zürich

Wir machen SVP-Politik

Liebe SVP- und SVP-interessierte Frauen
Gerne möchten wir Sie kennenlernen. An unserer **Mitgliederversammlung** bietet sich eine gute Gelegenheit dazu. Schauen Sie unverbindlich herein. Wir freuen uns auf Sie.

Mitgliederversammlung
Montag, 6. Mai 2013, 19.30 Uhr
Hotel Mercure Stoller
Badenerstrasse 357, 8003 Zürich
Tram 2 und 3 bis Albisriederplatz

Anschliessend referiert
Gemeinderat und Fraktionspräsident **Mauro Tuena**
über die Abstimmungen vom 9. Juni 2013.

Margrit Haller
Präsidentin

Aktuariat: c/o Anita R. Nideröst, Regensdorferstr. 77a, 8049 Zürich
www.frauen-svp-stadt-zuerich.ch, info@frauen-svp-stadt-zuerich.ch

Freitag, 17. Mai 2013, ab 19 Uhr

Playbar Badenerstr. 277, 8003 Zürich,

2. Sommernachts-Apéro

mit SVP Kantonsrat Lorenz Habicher, Zürich.

ZUR STADTRATSERSATZWAHL VOM 21. APRIL 2013

Der GAU für den Wirtschaftsstandort und Werkplatz Zürich

Die SVP nimmt die Wahl von Richard Wolff zum neuen Stadtrat in Zürich mit grosser Besorgnis zur Kenntnis.

GEMEINDERAT ROGER LIEBI
PRÄSIDENT SVP STADT ZÜRICH

Die überaus schwache Wahlbeteiligung und ein besonders im ersten Wahlgang aussagefreier und beliebiger Kandidat der FDP haben es ermöglicht, dass die Regierung noch weiter nach links rutscht. Für den von vielen Seiten geachteten Finanzvorstand Martin Vollenwyder rückt nun ein bekennender Aktivist der Nachfolgepartei der kommunistischen POCH in die Regierung der wichtigsten Wirtschaftsmetropole der Schweiz nach.

Bewusster Bruch

Aus Kreisen von Handel, Gewerbe und Industrie wurde bereits im Vorfeld der Wahl noch hinter vorgehaltener Hand grosse Besorgnis über die Standortattraktivität Zürichs im Falle eines radikaleren Linksrutsches der Zürcher Stadtregierung geäussert. Die SVP teilt diese Sorge und sieht im Wahlergebnis eine ernsthafte Bedrohung für den Werkplatz Zürich und die Steuerzahler.

Die Tatsache, dass sich keine der linken Parteien offiziell für den Erhalt der bisherigen bürgerlichen Vertretung im Stadtrat eingesetzt hat, macht sie zu Wegbereitern des Linksrutsches. Es kommt einem bewussten Bruch einer einigermassen ausgewogenen Vertretung der politischen Blöcke im Stadtrat gleich.

Rückzug gefordert

SP, Grüne und AL haben damit bewusst den Weg für eine Regierungs- und Oppositionspolitik in der Stadt Zürich bereitet. Die SVP fordert die anderen bürgerlichen Parteien entsprechend auf, die Konsequenzen daraus zu ziehen und mit dem sofortigen Rückzug ihrer Exekutivmitglieder zu reagieren. Die mit dieser Wahl herbeigeführte Blockbildung wird zu vermehrten Behördenreferenden und grosser Verzögerung bei der Umsetzung von stadträtlichen Vorlagen führen. Die Wahl Wolffs entspricht also einem eigentlichen GAU für ein wirtschaftlich starkes und prosperierendes Zürich.

«Breiviks Erklärung»

ZB. Am 17. April 2012 hält Anders B. Breivik vor dem Osloer Amtsgericht eine Rede. Der 77-fache Mörder erläutert seine Taten, bekundet seine Verbundenheit zu Al Qaida und skizziert seine Theorie des Untergangs Europas durch Einwanderung und Multikulturalismus. Die Aussagen wurden nicht im Fernsehen übertragen und für die Öffentlichkeit gesperrt. In Milo Raus «Breiviks Erklärung» am Zürcher Neumarkttheater gemäss den Aufzeichnungen eines norwegischen Reporters spricht die deutsch-türkische Schauspielerin Sascha Ö. Soydan als Anders B. Breivik. Anschliessend an die Vorstellung vom 30. April um 20 Uhr findet eine Podiumsdiskussion statt. Es diskutieren unter anderem: Claudio Zanetti, SVP-Kantonsrat und Kurt Imhof, Professor für Soziologie und Publizistikwissenschaft an der Universität Zürich. Weitere Informationen unter: www.theaterneumarkt.ch

Kantonale Delegiertenversammlung

30. April 2013, 20.00 Uhr, in Winkel

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Vorankündigung

Alt-Räte-Treffen 2013

Das traditionelle Treffen findet dieses Jahr am Dienstag, 14. Mai 2013, im Bezirk Bülach statt.

Die ehemaligen Rätinnen und Räte erhalten rechtzeitig eine persönliche Einladung samt Anmeldetalon zugeschickt.

Vorverlegter Inserateannahme- und Redaktionsschluss

Für die Nummer 18/2013 vom Freitag, 3. Mai, muss infolge des 1. Mai der Redaktions- und Inserateannahmeschluss

auf Montag, 29. April, vorverlegt werden.

Texte: 12.00 Uhr, Inserate: 15.00 Uhr

Wir bitten unsere Inserenten und Mitarbeiter, diese Änderung zu beachten. ***Redaktion und Verlag***

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

GESUCHT

Mähdrescher-Fahrer, Region Winterthur-Seen. Tel. 079 629 81 50.

VERANSTALTUNGEN

1. Mai «Tag der offenen Tür», Gärtnerei und Landwirtschaft, 10–17 Uhr, Betriebsführungen, Blumen- und Pflanzenschau, Wettbewerb, Unterhaltung, Festwirtschaft, Vorführung an Drechselbank. Familie A. Rusterholz, Bluemehof, Wiesengrund 1, Schönenberg ZH. Telefon 044 788 16 65, www.bluemehof.ch.

1. Mai «Tag der offenen Weinkeller», 11–18 Uhr, Degustation, Festwirtschaft mit Musik. Familie Edi + Maya Frauenfelder, alte Andelfingerstrasse 4, 8444 Henggart. Tel. 052 316 13 03.

Inserate

Der Zürcher Bote

print-ad kretz gmbh
Tel. 044 924 20 70 • Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

Grill-Plausch

bei Kurt + Elsbeth Bräm
Im Basi, Dietikon
(von Zentrum Dietikon Richtung Bergdietikon fahren)

1. Mai 2013, ab 15.00 Uhr

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!
SVP Dietikon

IHR INSERAT IM WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? **Inserieren Sie einfach und unkompliziert und erreichen Sie über 10 000 Leserinnen und Leser.** Füllen Sie dazu das Formular unter folgender Internetadresse aus:

www.stutz-druck.ch/wuchemaert

Preise
3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für **nur Fr. 20.–** inkl. MWSt.
6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für **nur Fr. 40.–** inkl. MWSt.

Einsendeschluss
jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Rufen Sie uns bei Fragen bitte an: Telefon 044 783 99 11
Wir können nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag überwiesen wurde. Die Zahlungsangaben finden Sie auf der oben genannten Internetseite. Besten Dank für Ihr Verständnis.

Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.**

Komme bei Ihnen vorbei.

Tel. 044 822 26 11

SVP Winkel-Rüti

Puure-Zmorge

Datum: **Auffahrtstag, 9. Mai 2013**

Zeit: **10.00 Uhr bis ca. 13.00 Uhr**

Ort: Rösli und Walter Schellenberg
Lufingerstrasse 47
8185 Winkel

Programm: **Puure-Zmorge Buffet**
Musik durch Rüdlinger-Örgeli-Fründe

Der Anlass findet bei jeder Witterung statt.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch
SVP Sektion Winkel-Rüti

Forstpflanzen jeder Art, erstklassige Qualität aus ausgewählten Beständen

Wildgehölze für stufige Waldränder, Garten-, Bach- und Strassenbegleitbepflanzungen

Jungpflanzen
für Weihnachtsbäume

Wildverbiss- und Fegeschutz für Nadel- und Laubholz, Akazienpfähle zur Befestigung

Fordern Sie unsere Preisliste an!

Josef Kressibucher AG
Forstbaumschule
Ast 2
8572 Berg TG
Tel. 071 636 11 90
Fax 071 636 10 29
www.kressibucher.ch

SVP Winterthur Altstadt, Veltheim, Töss und Mattenbach

Einladung zum Dorffest Veltheim

31. Mai 2013 ab 18.00 Uhr bis 2. Juni 2013 bis 20.00 Uhr

Feines Essen | Gemütliches Beisammensein | Politische Gespräche

Freitag 31. Mai 2013 18.00 bis 02.00 Uhr
Samstag 1. Juni 2013 14.00 bis 02.00 Uhr
Sonntag 2. Juni 2013 11.00 bis 20.00 Uhr

Geniessen Sie unsere hausgemachte Gulaschsuppe oder lassen Sie sich durch unsere speziellen Schüblige verführen.

Probieren Sie das feine Winterthurer Euelbräu-Bier oder einen Wein aus der Region.

In der gemütlichen Festbeiz bietet sich die Gelegenheit für einen Jass oder ein Gespräch mit einem Politiker.

Wir freuen uns auf Sie!

Bachtelstrasse / Feldstrasse, 8400 Winterthur

Erfolgreich werben im «Zürcher Boten» und «Zürcher Bauern»

Jetzt die Mediadaten 2013 bestellen!
print-ad kretz gmbh

Tel. 044 924 20 70
Fax 044 924 20 79
fredi.kretz@kretzgmbh.ch

Podium zur Initiative Volkswahl des Bundesrates

Mi. 15. Mai 2013, 20.00 Uhr, Restaurant Hirschen Hinwil

Moderation: **Christian Müller,** Chefredaktor Zürcher Oberländer

Teilnehmer: **Doris Fiala,** Nationalrätin FDP
Alfred Heer, Nationalrat SVP
Daniel Vischer, Nationalrat Grüne
Gregor Rutz, Nationalrat SVP

SVP Bezirk Hinwil, Neuwiesenstrasse 5, 8630 Rüti, 055 251 41 41

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 29. April 2013, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

STANDAKTIONEN ZUR VOLKSINITIATIVE «VOLKSWAHL DES BUNDESRATES»

Bezirk Hinwil
Mittwoch, 15. Mai 2013, 20.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Hinwil, Podium zur Initiative «Volkswahl des Bundesrates». Moderation: Christian Müller, Chefredaktor «Zürcher Oberländer». Teilnehmer: Doris Fiala, Nationalrätin FDP; Alfred Heer, Nationalrat und Parteipräsident SVP; Daniel Vischer, Nationalrat Grüne, und Gregor Rutz, Nationalrat SVP.

Bezirk Uster / Uster
Samstag, 18. Mai 2013, 10.00–12.00 Uhr, Poststrasse (Gartenrestaurant Ristorante Post «da Fabio», Poststrasse 4, Uster), Standaktion «Volkswahl des Bundesrates» und «Änderung des Asylgesetzes». Anwesend ist Nationalrat Alfred Heer, Parteipräsident SVP Kanton Zürich.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Hausen am Albis
Montag, 27. Mai 2013, 20.00 Uhr, Aufenthaltsraum ehemaliges Postgebäude, Ebertswil, Parteiversammlung.

Bezirk Affoltern / Knonau
Samstag, 29. Juni 2013, Besuch Sasso San Gotthardo Museum. Weitere Informationen folgen. Anmeldungen unter svpknonau@gmail.com oder Natel 076 771 20 60.

Bezirk Affoltern / Wettswil
Mittwoch, 2. Oktober 2013, 20.00 Uhr, Singsaal Schulhaus Mettlen Wettswil a.A., Podiumsveranstaltung mit Nationalrätin Natalie Rickli und Nationalrat Hans Kaufmann. Zum Abschluss der Veranstaltung werden Getränke und Salzgebäck offeriert. Die Teilnahme an der Veranstaltung (inklusive «Getränke-Runde») ist gratis! Beim Schulhaus Mettlen stehen viele Parkplätze zur Verfügung! Wir freuen uns auf viele Teilnehmer!

Bezirk Bülach / Winkel-Rüti
Donnerstag, 9. Mai 2013, 10.00–13.00 Uhr, bei Rösli und Walter Schellenberg, Lufingerstrasse 47, Winkel, Puure-Zmorge-Buffet. Musik durch Rüdlinger Örgeli-Fründe. Der Anlass findet bei jeder Witterung statt.

Bezirk Dielsdorf / Rümlang
Samstag, 18. Mai 2013, 10.00 Uhr, Restaurant Sorriso, Glattalstrasse 182, Rümlang, 18. Politstamm. Als Referent nimmt der Polizeichef der Polizei RONN, Beat Schneider, teil. Thema: Neue Polizeiverordnung der Gemeinden Rümlang, Oberglatt, Niederhasli, und Niederglatt.

Bezirk Dietikon / Dietikon
Mittwoch, 1. Mai 2013, ab 15.00 Uhr, bei Kurt und Elsbeth Bräm, Im Basi, Dietikon (vom Zentrum Dietikon Richtung Bergdietikon fahren), Grillplausch. Kommen Sie mit Ihrer Familie, Ihren Freunden und Bekannten!

Bezirk Meilen / Oetwil am See
Mittwoch, 22. Mai 2013, 20.00 Uhr, bei Petra und Hans Nef, «Nef natur-Buur», Neuhaus 5, Oetwil am See, «Bürger fragen – Kantonsräte antworten»: Theres Weber-Gachnang, Hans-Peter Amrein, Claudio Zanetti und Rolf R. Zimmermann stehen Red und Antwort. Im Anschluss an den Anlass wird ein Umtrunk offeriert.

Bezirk Meilen / Stäfa
Samstag, 11. Mai 2013, 9.00–12.00 Uhr, vor der Migros, Stäfa, Standaktion. Nationalrat Christoph Mörgeli, Nationalrat Gregor Rutz, Kantonsrätin und Präsidentin der SVP des Bezirks Meilen Theres Weber und Kantonsrat Hans Peter Amrein verteilen den Müttern eine bunte Muttertags-Rose.

Donnerstag, 16. Mai 2013, 18.00 Uhr, bei Jakob Grimm, Holzhausen, Oetwil am See, Generalversammlung. Programm: 18.00 Uhr: Führung von Köbi Grimm durch sein einmaliges Weinbaumuseum; 19.00 Uhr: Apéro und 20.30 Uhr: Generalversammlung.

Sonntag, 15. September 2013, 14.00 Uhr, in der «Halle für alle», Frohberg, Stäfa, kultureller Anlass mit Christoph Blocher und dem Solisten-Ensemble von La Compagnia Rossini: Würdigung dreier Persönlichkeiten vom Zürichsee (Johann Kaspar Pfenninger, Patriot, Conrad Ferdinand Meyer, Schriftsteller, und Karl Landolt, Kunstmaler). Programm: 14.00 Uhr: Türöffnung; 15.00 Uhr: Beginn des Programms. Eröffnungskonzert von La Compagnia Rossini. Begrüssung durch Kurt Zollinger. Vortrag von Christoph Blocher. Schlusskonzert von La Compagnia Rossini. 17.15 Uhr: Der Veranstalter offeriert «Ghackets mit Hörnli» und Apfelmus. Jedermann ist herzlich eingeladen! Parkplätze sind genügend vorhanden, ab 13.45 Uhr wird ab dem Bahnhof Stäfa ein Busbetrieb angeboten.

Stadt Winterthur / Oberi
Mittwoch, 1. Mai 2013, ab 11.00 Uhr, Waldschulzimmer Lindberg, 1.-Mai-Grillplausch (www.waldschulzimmer-lindberg.ch). Ab Schulhaus «Lindberg» ist der Weg signalisiert. Gast: Nationalrat Walter Wobmann, SO. Programm: 11.00 Uhr: Apéro; 11.30 Uhr: Begrüssung Chantal Leupi, Präsidentin SVP Oberwinterthur. Anschliessend Ansprache Walter Wobmann; 12.30 Uhr: Mittagessen. Kosten: Verpflegung Erwachsene: Fr. 25.–, Kinder (schulpflichtig) Fr. 5.–. Die Getränke müssen separat bezahlt werden! Anmeldung: bis spätestens Freitag, 26. April 2013 an Urs Obrist, 052 202 84 44, Natel 079 414 31 22 oder E-Mail urs.obrist@hispeed.ch. Bitte angeben: Name, Vorname, Anzahl Erwachsene und Anzahl Kinder. Der Anlass findet bei jeder Witterung statt!

Stadt Zürich / Kreis 1 und 2
Dienstag, 7. Mai 2013, 20.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Pavillon, Muggenbühlstrasse 15, Zürich, Generalversammlung.

Stadt Zürich / Kreis 11
Samstag, 27. April 2013, 9.00–12.00 Uhr, Marktplatz Oerlikon (zwischen Swissôtel und Brunnen), Standaktion mit den SVP-Frauen Stadt Zürich.

Winterthur Altstadt, Veltheim, Töss und Mattenbach
Freitag, 31. Mai 2013 bis Sonntag, 2. Juni 2013, Dorffest Veltheim (Bachtelstrasse / Feldstrasse, Winterthur). Feines Essen – gemütliches Beisammensein – politische Gespräche. Programm:
- Freitag 31. Mai 2013: 18.00 bis 02.00 Uhr
- Samstag 1. Juni 2013: 14.00 bis 02.00 Uhr
- Sonntag 2. Juni 2013: 11.00 bis 20.00 Uhr

Geniessen Sie die hausgemachte Gulaschsuppe oder lassen Sie sich durch die speziellen Schüblige verführen. Probieren Sie das feine Winterthurer Euelbräu-Bier oder einen Wein aus der Region. In der gemütlichen Festbeiz bietet sich die Gelegenheit für einen Jass oder ein Gespräch mit einem Politiker.

SVP-FRAUEN

SVP-Frauen Stadt Zürich
Samstag, 27. April 2013, 9.00–12.00 Uhr, Marktplatz Oerlikon (zwischen Swissôtel und Brunnen), Standaktion mit dem Kreis 11.

Montag, 6. Mai 2013, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung. Tram 2 und 3 bis Albisriederplatz. Anschliessend referiert Gemeinderat und Fraktionspräsident Mauro Tuena über die Abstimmungen vom 9. Juni 2013.

Donnerstag, 11. Juli 2013, 19.00 Uhr, Sommerhöck.

Montag, 26. August 2013, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Mittwoch, 8. Mai 2013, 11.45 Uhr, Restaurant Obstgarten, Oberstammheim, Polit-Lunch der SVP des Bezirks Andelfingen mit Gastreferent Nationalrat Hans Fehr zum Thema «Der Mehrfrontenkampf der SVP». Gäste sind willkommen.

Samstag, 11. Mai 2013, 10.00–15.00 Uhr, Landgasthof Sonne «Haus der Freiheit», Wintersberg, Ebnat-Kappel (www.hausderfreiheit.ch), Zukunftsseminar 2/13. Parteipräsident Toni Brunner begrüsst als Referenten Prof. Dr. Rudolf Steiger, emeritierter Titularprofessor für Menschenführung und Kommunikation an der ETH Zürich (www.rudolfsteiger.ethz.ch) zum Thema: «Warum reden wir so oft aneinander vorbei?» Die Zielsetzung: Bürgerorientiert, zielführend und überzeugend kommunizieren! Zielgruppe: Junge Mitglieder und Sympathisanten der SVP zwischen 16 und 36 Jahren sowie die Mitglieder der JSVP. Anreise: Auto: Von Wattwil in Richtung Wildhaus fahren, die Umfahrungsstrasse Ebnat-Kappel benutzen und vor Krummenau links Richtung Wintersberg/Bendel/Hemberg abbiegen. Dann gehts rund 2 km den Berg hinauf. Bahn: Auf Voranmeldung Abholdienst ab Bahnhof Krummenau (Ankunftszeit: 9.45 Uhr). Die Teilnehmerzahl pro Anlass ist beschränkt. Das Seminar ist für die Teilnehmer gratis. Mittagessen und Getränke gehen zu Lasten der Teilnehmer. Fragen und Anmeldung per E-Mail bei: Marcia Cerantola, ceranto la@svp.ch oder beim Generalsekretariat: Telefon 031 300 58 58. Folgendes angeben: Name, Vorname, Adresse, E-mail, Handynummer und ob Auto oder Zug.

Montag, 13. Mai 2013, 20.00 Uhr, Restaurant Mühle, Oberembrach, Referat «Aktuelles aus Bundesbern» und Diskussion von Nationalrat Hans Fehr im Anschluss an die Generalversammlung der SVP Oberembrach.

Mittwoch, 15. Mai 2013, 20.00 Uhr, Menzingen/ZG, Streitgespräch zum Thema «Volkswahl des Bundesrates?» mit den Nationalräten Hans Fehr, SVP, und Gerhard Pfister, CVP, mit Parolenfassung im Rahmen der Delegiertenversammlung der CVP des Kantons Zug.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Ausstellung des Malers Konrad Flückiger (SVP), Oberembrach
Hotel Riverside, Spinnerei-Letten-Strasse, Zweidlen-Glattfelden. Dauer der Ausstellung: 1. März bis 17. Mai 2013 (www.konrad-flueckiger.ch).

Schweizerzeit
Mittwoch, 15. Mai 2013, 18.30 Uhr, im Haus zum Rüden, Limmatquai 42, Zürich, «Schweizerzeit»-Frühjahrstagung 2013. Referent: Divisionär a. D. Hans-Ulrich Solenthaler, «Armee, Wehrpflicht und Miliz». Anschliessend Fragen, Diskussion und Apéro. Teilnahme ohne Anmeldung möglich.

MOTORRAD-CLUB SVP

Ausfahrten
Sonntag, 26. Mai 2013, **1. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 23. Juni 2013, **2. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 21. Juli 2013, **3. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 25. August 2013, **4. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 15. September 2013, **5. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Höcks
Dienstag, 14. Mai 2013, 19.30 Uhr, **1. Höck.** Restaurant Kreuz, Bergstrasse 161, Horgenberg.

Donnerstag, 13. Juni 2013, 19.30 Uhr, **2. Höck,** Restaurant Riverside, Glattfelden/Zweidlen.

Donnerstag, 11. Juli 2013, 19.30 Uhr, **3. Höck,** Gibswiler-Stube, Tösstalstrasse 466, Gibswil.

Dienstag, 30. Juli 2013, 19.30 Uhr, **4. Höck,** Besenbeiz Eichhof, Eichhof 361, Bachs (Treffen mit der SVP Neerach).

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote
ISSN 2296–3480
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,5 % Mehrwertsteuer

Redaktion:
Reinhard Wegelin (rw.), Christoph Bähler (ba.)
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch
SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf

Inseraten-Annahme:
print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz
Tramstrasse 11, Postfach,
8708 Männedorf
Tel. 044 924 20 70, Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Dienstag 17.00 Uhr
Insertionspreis 95 Rp., Gelegenheitsinserate (private) mind. 20 mm, 2-spaltig, Fr. 30.–
+ 8 % Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

Schweizerzeit

«Schweizerzeit» Frühjahrstagung 2013
Mittwoch, 15. Mai 2013

Neue Zeit beachten: 18.30 Uhr

Im Haus zum Rüden, Limmatquai 42, Zürich

Referent:

Divisionär aD
Hans-Ulrich Solenthaler

Armee
Wehrpflicht
Miliz

Anschliessend Fragen, Diskussion und Apéro

Teilnahme ohne Anmeldung möglich